

Zugstrecke

NVR für Verbindung Linnich-Baal

1. APRIL 2019 UM 14:52 UHR | Lesedauer: Eine Minute

KREIS HEINSBERG. Die Reaktivierung der Bahnstrecke Linnich-Baal als Verlängerung der Strecke Düren – Jülich – Linnich (Regionalbahn RB 21) soll in den ÖPNV-Bedarfsplan aufgenommen werden. Nach einer Studie ist der Nutzen der Verbindung groß.

Der Nahverkehr Rheinland (NVR) hat sich für eine Verlängerung der bestehenden Eisenbahnstrecke Düren–Jülich–Linnich (RB 21) ausgesprochen. Damit die Reaktivierung des Streckenabschnitts zwischen Linnich und Hückelhoven-Baal in die Tat umgesetzt werden kann, beschloss die Verbandsversammlung des NVR, den Regionalrat der Bezirksregierung Köln um Folgendes zu bitten: „Der Regionalrat soll dem Ministerium für Verkehr des Landes NRW vorschlagen, die Maßnahme in den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW sowie in den Infrastrukturfinanzierungsplan aufzunehmen“, heißt es in einer Mitteilung des NVR. Die Aufnahme in den ÖPNV-Bedarfsplan sei die Voraussetzung dafür, dass zu einem späteren Zeitpunkt eine Förderung mit Landesmitteln für das Projekt erfolgen kann.

Die Wiederherstellung der Bahnverbindung sei für die Kreise Düren und Heinsberg von großer verkehrlicher Bedeutung, heißt es in der Mitteilung. Mit dem Lückenschluss kann eine „regional bedeutsame Diagonalverbindung“ zwischen den beiden Hauptstrecken Köln–Aachen sowie Aachen–Mönchengladbach–Düsseldorf geschaffen werden. „Die Aufnahme der Streckenreaktivierung in den ÖPNV-Bedarfsplan und gegebenenfalls in den Infrastrukturfinanzierungsplan des Landes NRW wäre ein klares Signal für das Interesse an dem Projekt. Gleichzeitig würde es für uns als Aufgabenträger und für die Kreise Planungssicherheit bedeuten“, so NVR-Geschäftsführer Heiko Sedlaczek.

Die Kreise Düren und Heinsberg hatten bereits eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen. Dabei stellte sich heraus, dass sich die Kosten geschätzt auf 16,5 Millionen Euro belaufen werden und die Maßnahme einen Nutzen-Kosten-Indikator von 3,2 hat. Dies sei eine außerordentlich positive Bewertung, so der NVR. Deshalb haben sich die beiden Kreise bereit erklärt, die Planungs- und Vorbereitungskosten der Vorplanungen aufzubringen.